

# Eine "Europäerinnen"- Partei

Kurz vor den Neuwahlen in Berlin, am 8. März, machte sich per „Tagesspiegel“-Annonce eine neue Partei bekannt. „Die Union pazifistischer Europäerinnen“, gegründet von Hildegard Schneider. Die Sozialarbeiterin, 67 Jahre alt, hat Krieg und Patriarchat den Kampf erklärt.

„Vor hundert Jahren hat Berta von Suttner den Ruf ‚Die Waffen nieder!‘ hinausgeschrien in die Welt, daß endgültig Kriegführen auf unserer Erde eingestellt wird“, und: „trotz viel stärkerer und einflußreicherer Beteiligung der Frauen im Wirtschaftsleben ist ihr Einfluß in der Politik gleich Null. So herrschen Männer in Ost und West in gleicher Weise.“ Da Frauen seit 200 und mehr Jahren aus der Politik ausgeschlossen seien, woran übrigens auch die Tatsache nichts ändere, daß auf Anraten des SPD-Bundesgeschäftsführers Glotz zur Neu-Wahl in Berlin einige Frauen mehr auf gesicherten Listenplätzen zu finden sind, könne man nicht von Demokratie reden.

„Kein Mann schämt sich, das Wort ‚Demokratie‘ oder ‚Volksdemokratie‘ unter Ausschluß der größeren Hälfte des Volkes zu mißbrauchen.“ Von den Parteien sei nichts mehr zu erwarten. Die CDU versündige sich am Christentum, wenn sie nichts gegen die Neutronenbombe unternähme. Und: „Ihr Jugendlichen aller Richtungen, kämpft mit uns gewaltlos gegen mangelnden Wohnraum, gegen mangelnde Bedürfnisbefriedigung, gegen Arbeitslosigkeit usw.“

In Berlin sind am 10. Mai 200 000 wahlberechtigte Frauen mehr als wahlberechtigte Männer. „In einer parlamentarischen Demokratie tragen wir wahlberechtigten Frauen die Verantwortung für alles, was politisch jetzt, morgen und übermorgen geschieht.“

Die Union der pazifistischen Europäerinnen muß es noch schaffen, pro Wahlbezirk in Berlin 60 Unterschriften zu bekommen, um als Partei kandidieren zu können.

## "Frauen ins Parlament"

### noch eine Frauenpartei...

In Soest soll der zukünftige Sitz einer weiteren Frauenpartei sein. Der neue Name: „Frauen ins Parlament“. Von Eva Rath, der Gründerin der „Frauenpartei“ hatten sich siebzehn Frauen getrennt. Streitpunkt: Mitgliedschaft von Männern. Die Neu-Gründerinnen haben inzwischen ein stark verändertes Programm und eine neue Satzung verabschiedet.

Laut Satzung kann jede Frau mit 16 Jahren Mitglied werden und die Höhe des Beitrags selbst bestimmen. Gremien der Partei sind Frauenvollversammlung und Vorstand.

Den Frauen der neuen Frauenpartei ist sehr daran gelegen, das Programm mit anderen Frauen zu diskutieren. Deshalb drucken wir hier einige Auszüge daraus ab.

#### Präambel

*Die Frauenbewegung hat durch ihre außerparlamentarische Opposition das Bewußtsein der Frauen entscheidend verändert.*

*Aufgabe der Frauenpartei ist es, dieses neue Bewußtsein zu verbreiten und in parlamentarische Politik umzusetzen.*

*Unsere Kritik richtet sich gegen die bestehende einseitige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Vormachtstellung der Männer. Wir lehnen die patriarchalische Gesellschaftsstrukturen, die auf Macht und Unterdrückung beruhen, ab. Ausgehend von unserer Betroffenheit als Frauen bauen wir eine feministische Gesellschaft auf, die frei von Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Kriege und Militarismus ist, in der Frau, Kind und Mann sich frei entfalten können.*

#### Frieden und Abrüstung

*Kriege und Militarismus sind Folgen des Patriarchats. Sie haben einen Gefahrenpunkt erreicht, der jederzeit das Leben auf der Erde zerstören kann.*

*Wir Frauen sind Pazifistinnen.*

*Wir tragen die Verantwortung für das Leben und fühlen uns den Kindern besonders verpflichtet.*

*Für uns gibt es nur ein Ziel:*

*Keine Kriege*

*Keinen Militarismus*

*Wir weigern uns, anzuerkennen, daß Krieg und Aufrüstung unvermeidlich sind und fordern die Frauen auf, keine Kinder für Kriege zu gebären. Wir Frauen haben bisher noch nie Entscheidungen für*

*Kriege und Aufrüstungen mitgetragen. Jetzt werden wir alle Kräfte einsetzen, um diesen männlichen Zerstörungs- und Machtwahn zu beenden...*

*Als Ziele setzen wir uns:*

*Weltweite Abschaffung der militärischen Streitkräfte, Schaffung von UNO-Vollmachten.*

#### Erziehung und Bildung

*...Viele Eltern beklagen die heutigen Schulverhältnisse.*

*Leistungsdruck und Konkurrenzdenken schädigen die Persönlichkeitsentfaltung der Kinder.*

*Daher fordern wir andere Schulen:*

*- Abschaffung der Zensuren, zuerst in den unteren Klassen. Einführung der beschreibenden Beurteilung.*

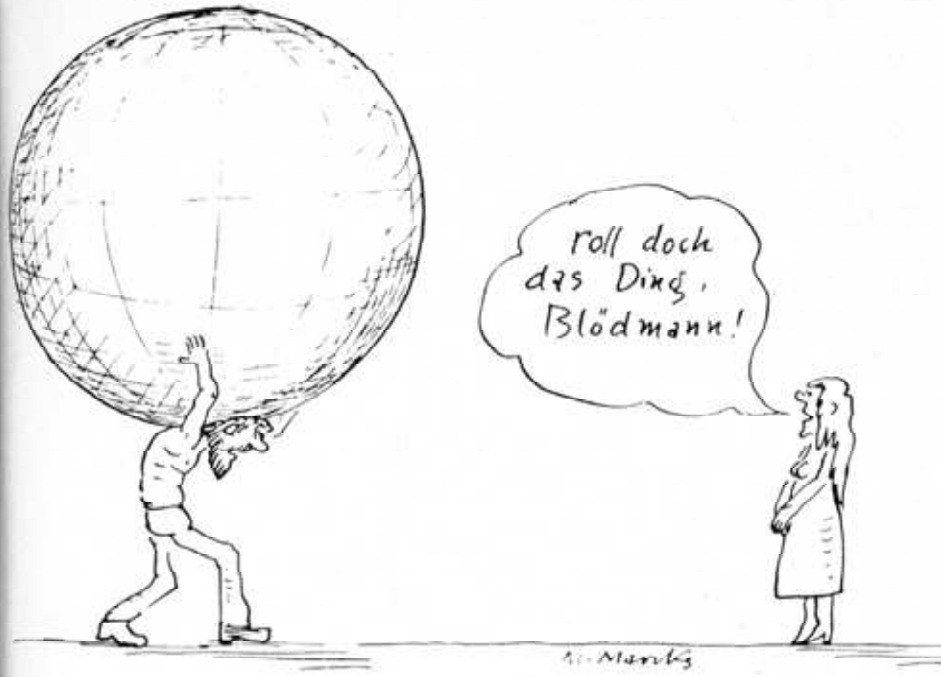
*- Es dürfen höchstens 25 Schüler in einer Klasse unterrichtet werden.*

*- Mehr Musik, Werken, Malen und Bewegung sind in den Schulen einzuführen, damit Kreativität und Phantasie der Kinder gefördert werden.*

*- Schulbuchtexte und -bebilderungen dürfen keine diskriminierenden und geschlechtsstereotypen Inhalte haben.*

*- Wir fordern Geschichtsbücher des Friedens und nicht der Kriege. Der Anteil der Frauen an Geschichte, Politik und Kultur darf nicht länger totgeschwiegen werden.*

*Wir fordern Geschichtsbücher, die vorwiegend kulturelle und soziale Entwicklungen aufzeigen und insbesondere alle emanzipatorischen Ansätze in der Geschichte deutlich machen...*



Zeichnung: Maria Marcks

- Weibliche und männliche Homosexualität darf nicht verschwiegen, nicht tabuisiert und nicht kriminalisiert werden; sie ist eine partnerschaftliche Beziehung.  
- Wir verlangen die Integration von behinderten Kindern in unseren Schulen.

len. Falls die Mutter das Kind erziehen will, bekommt sie ein Erziehungsgeld, das sie in der einen Steuerklasse ebenso wie alle anderen Berufstätigen versteuern muss. Sie wird mit dem Gehalt einer Erzieherin eingestuft. Sie erwirbt mit diesem Gehalt einen vollen Rentenanspruch. Bei mehreren Kindern staffelt sich der Betrag. Kein Mann in dieser Wohngemeinschaft kann der Mutter den Vorwurf machen, daß sie von seinem Geld lebt.

Will die Mutter in ihren früheren Beruf zurück, so geht das Erziehungsgeld an die Person, die das oder die Kinder weiter erzieht.

Mit 16 Jahren können die Jugendlichen frei über ihr Unterhaltsgeld verfügen. Die Mütter oder Väter, die bis dahin den Beruf des Erziehers wahrgenommen haben, können andere Kinder erziehen (Heime sollen soweit wie möglich abgebaut werden) oder sie können mit Fördermaßnahmen sich einen anderen Beruf suchen. Dieses erfordert natürlich Geld. Durch die Abrüstung, durch die einzige Steuerklasse, durch Wegfall der Sozialhilfe, durch Wegfall des heutigen Kindergeldes ist es möglich.

### Soziales Umfeld

...Die Frau hat das Recht, selbst zu bestimmen, ob und wann sie ein Kind haben will. Das Schwängern einer Frau gegen ihren Willen erfüllt den Tatbestand der Körperverletzung. Wir fordern die ersatzlose Streichung des § 218.

Der Beischlaf bildet nicht das Fundament der ehelichen Pflichten und ist daher aus dem BGB Eherecht zu streichen.

Wir fordern die Einrichtung und Unterhaltung von Modellberatungskliniken nach dem Bremer Modell in jedem Bundesland. Nach Streichung des § 218 entfallen hier Beratung und Indikationsstellung.

Wir fordern Maßnahmen zur Abschaffung der Prostitution, die den betroffenen Frauen Ausbildung und Einkommen sichern, um sie aus diesen menschenunwürdigen Zuständen zu befreien.

Da die Kinderprostitution in einem erschreckenden Maße zugenommen hat, muß als Sofortmaßnahme der Straßenstrich verboten werden.

Zuhälterei wird mit Gefängnis nicht unter 10 Jahren bestraft...

...Wir fordern wirksamen Schutz der Frauen vor schlagenden, nötigenden und vergewaltigenden Männern. Bei Feststellung des Tatbestandes der Körperverletzung sind Dritte und die Polizei verpflichtet, Anzeige zu erstatten, auch wenn es sich um eheliche Auseinandersetzungen handelt. Die Polizei hat den Täter festzusetzen und dem Haftrichter vorzuführen.

Das Recht der Frau auf Notwehr muß im Rechtsverfahren durchgesetzt werden. Vergewaltigungsprozesse und Mißhandlungsprozesse sollen von Richterinnen geführt werden. Der Zeitraum zwischen Tat und Urteilsfindung darf nicht mehr als 3 Monate betragen. Vergewaltigte Frauen dürfen nur von Kriminalbeamtinnen vernommen werden...

Das Recht der Frau auf Notwehr muß im Rechtsverfahren durchgesetzt werden.

Vergewaltigungsprozesse und Mißhandlungsprozesse sollen von Richterinnen geführt werden. Der Zeitraum zwischen Tat und Urteilsfindung darf nicht mehr als 3 Monate betragen. Vergewaltigte Frauen dürfen nur von Kriminalbeamtinnen vernommen werden...

...Wir verlangen Abschaffung des Verfassungsschutzes, sämtlicher Geheimdienste, persönlicher Datenspeicherung, Mediensenzen, der Sondergesetze und Berufsverbote.

### Energiepolitik

Wir fühlen uns nicht nur für die Lebensmöglichkeiten der heutigen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich, sondern auch für die der Völker in der Dritten Welt und aller nachfolgender Generationen. Wir lehnen ein menschenfeindliches und umweltzerstörerisches Wirtschaftswachstum ab.

Wir wollen keine Atomenergie ... In kurzer Zeit wird unsere Welt mit radioaktiven Substanzen verseucht, die Millionen Jahre lang weiterstrahlen werden. Bei einem Störfall vernichtet radioaktive Strahlung die Gesundheit der Lebenden; durch die Endlagerung des verbrauchten Brennstoffs ist die Gesundheit unzähliger nachfolgender Generationen bedroht.

Frauen, die das vollständige Programm und die Satzung einsehen möchten, wenden sich bitte an: Sibylle Schücking-Helferich, Dackmar 78, 4414 Sassenberg, Tel. 02583/1454

### Arbeit im Haus - Ehe und Familie

Die Lohnungleichheit ist eine direkte Folge der unbezahlten Arbeit aller Mütter; sie verdienen höchstens "dazu": die möglichen Schwangerschaften entscheiden über ihre Einstellungs- und Aufstiegschancen im Beruf.

...Wir Frauen fordern einen anderen Familienbegriff.

Familie sind für uns Menschen jeden Geschlechts und jeden Alters, die in Zuneigung und gegenseitiger Verantwortung in einer Wohngemeinschaft leben. Darum benutzen wir von nun an nur noch den Begriff Wohngemeinschaft.

Die Ehe im jetzigen Sinne unseres BGB ist für jede Frau ein Gefängnis. Wir fordern die Aufhebung der bürgerlichen Trauung.

Jeder arbeitende Mensch wird in einer Steuerklasse besteuert. Jedes Kind, das auf die Welt kommt, erhält vom ersten Tag von der Gesellschaft einen Betrag, der ausreichend für sein Essen, seine Kleidung und seine Wohnung ist. (Der Betrag 1980 etwa 450.-) Frauen müßten nicht mehr Alimente einklagen oder sich als Sozialempfängerin diskriminiert füh-